

Das Rennen um Kretschmanns Nachfolge ist auch eine Richtungswahl

Von Ulrich Mendelin

STUTTGART – Zumindest eines ist klar vor der Landtagswahl am 8. März kommenden Jahres: Baden-Württemberg bekommt einen neuen Ministerpräsidenten. Amtsinhaber Winfried Kretschmann von den Grünen tritt nach drei Amtszeiten - die erste davon in einem Bündnis mit der SPD, die beiden danach mit der CDU - nicht mehr an.

Hoffnung auf die Nachfolge machen können sich Manuel Hagel, Landes- und Landtagsfraktionschef der CDU, und Cem Özdemir, der für die Grünen zuletzt das Bundeslandwirtschaftsministerium geführt hat. Weitere Spitzenkandidaten sind AfD-Landeschef Markus Frohnmaier, SPD-Landes- und Landtagsfraktionschef Andreas Stoch und FDP-Spitzenkandidat Hans-Ulrich Rülke, auch er Vorsitzender seiner Partei und der Landtagsfraktion im Südwesten.

Mit Hagel und Özdemir haben die Wähler die Auswahl zwischen zwei Politikern, die so-

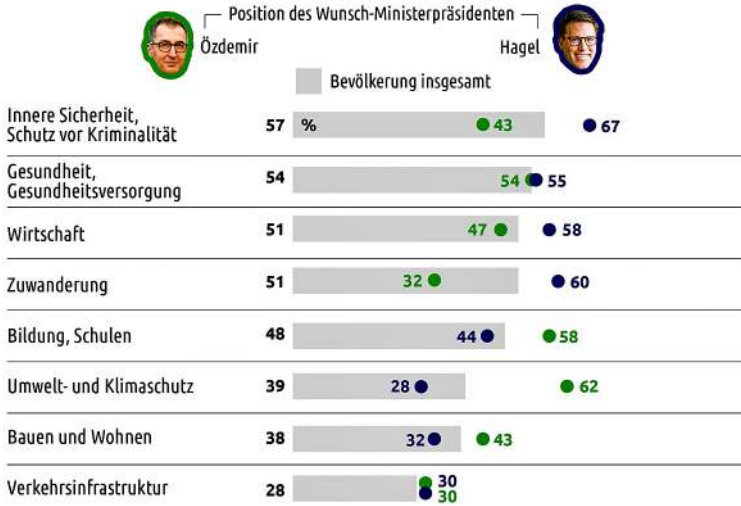
wohl mit Blick auf das persönliche Profil als auch bei den politischen Schwerpunkten höchst unterschiedlich wahrgenommen werden, wie die Ergebnisse des BaWü-Checks zeigen. Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, dass die Kontrahenten in Zukunft einmal Partner werden können.

Jedenfalls wäre den Baden-Württembergern nach heutigem Stand keine andere Koalition lieber als eine weitere Zusammenarbeit von Grünen und Union - in welcher Reihung auch immer.

Für die künftige Mehrheitsfindung könnte die Frage eine zentrale Rolle spielen, in welcher Stärke die AfD in den Landtag einzieht.

Mit der Partei, die vom Landesverfassungsschutz derzeit als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft wird, möchte keine der anderen Parteien zusammenarbeiten. Auch die Linke könnte in den Landtag einziehen und die Suche nach Mehrheiten komplizierter machen.

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Themen, um die es bei der Landtagswahl, die im Frühjahr 2026 stattfindet, vor allem gehen sollte?



Unterschiedliche Erwartungen an Hagel und Özdemir

Innere Sicherheit und Gesundheitsversorgung sind für die Wähler derzeit die Top-Themen. 57 Prozent der Befragten fordern von den Parteien Pläne zur Verbesserung der inneren Sicherheit, 54 Prozent erwarten klare Aussagen zur Zukunft des Gesundheitssystems. Diese Themen stehen nicht nur in Baden-Württemberg, sondern bundesweit im Fokus.

An dritter Stelle folgen Wirtschaft und Zuwanderung, dicht gefolgt von Bildungs- und Schulpolitik. Rund die Hälfte der Bevölkerung in Baden-Württemberg misst diesen Themen hohe Bedeutung zu. Deutlich weniger wichtig erscheint derzeit die Verkehrsinfrastruktur, die nur 28

Prozent als vordringlich einstufen. Umwelt- und Klimaschutz sowie Bauen und Wohnen werden hingegen von etwa 40 Prozent der Bürger als dringlich angesehen. Insbesondere Gesundheits- und Bildungspolitik sind in den vergangenen Jahren in der Dringlichkeit für viele Wähler nach vorn gerückt.

Die politische Agenda ist teils eng mit den Präferenzen der Wähler verknüpft. Unterstützer des CDU-Spitzenkandidaten Manuel Hagel legen besonderen Wert auf innere Sicherheit, Migration und Wirtschaft. Anhänger von Cem Özdemir priorisieren Umwelt- und Klimaschutz, Bildungspolitik sowie Bauen und Wohnen.

Wohlwollender Blick auf die beiden Spitzenkandidaten

Sowohl Cem Özdemir als auch Manuel Hagel werden überwiegend positiv wahrgenommen. Sie gelten als sympathisch, kompetent, bürgernah und vertrauenerweckend. Cem Özdemir wird von einer großen Mehrheit als engagiert im Umwelt- und Klimaschutz, politisch erfahren und passend für Baden-Württemberg eingeschätzt. Viele loben seine verständliche Sprache sowie seine fortschrittliche und sympathische Ausstrahlung. Zweifel gibt es bei seiner Wirtschaftskompetenz: 44 Prozent sehen ihn als wirtschaftlich versiert, 56 Prozent nicht.

Manuel Hagel wird stärker mit Wirtschaftskompetenz in Verbindung gebracht. Gleichzei-

tig wird ihm weniger Engagement für Umwelt- und Klimaschutz zugeschrieben. Ihm wird häufiger als Özdemir eine verständliche Sprache, Sympathie und Nähe zu Baden-Württemberg attestiert. Auch gilt er als modern, fortschrittlich, kompetent und vertrauenswürdig. Im Bereich politischer Erfahrung liegt er hinter Özdemir: 77 Prozent bescheinigen Özdemir politische Erfahrung, Hagel kommt auf 58 Prozent.

Grundlage bei den Antworten waren jeweils nur jene Befragten, denen der jeweilige Kandidat ein Begriff ist. Özdemir ist bekannter als Hagel, das beeinflusst die Vergleichbarkeit der Bewertungen.

Die Umfrage der Tageszeitungen

Wie zufrieden sind die Menschen in Baden-Württemberg mit der Arbeit der Landesregierung? Werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wo wird nur geredet, wo wird gehandelt? Das wollten die Tageszeitungen in Baden-Württemberg in ihrer gemeinsamen Umfrage, dem BaWü-Check, genauer wissen und arbeiteten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (Ifd) zusammen. Das Ifd befragt einmal im Monat im Auftrag der Tageszeitungen mehr als 1000 Men-

schen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten.

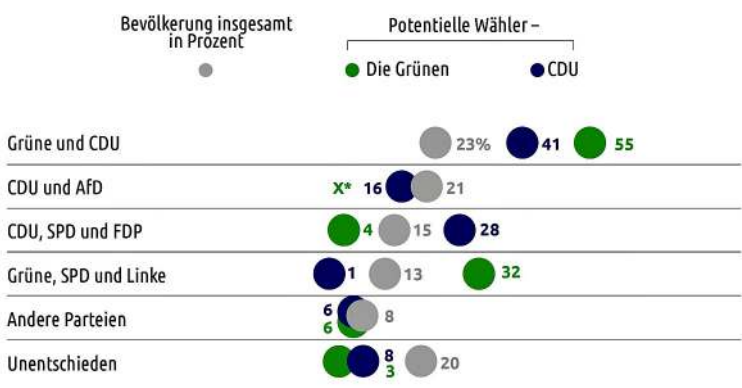
Das Ifd gehört zu den namhaftesten Umfrage-Instituten

Deutschlands, auf den Rat der Ifd-Chefin Renate Köcher greifen Vorstandsvorsitzende, Regierungschefs und Verbände zurück.

Die gedruckten Tageszeitungen in Baden-Württemberg erreichen jeden Tag mehr als fünf Millionen Menschen, hinzu kommen die Leserinnen und Leser auf den reichweitenstarken Onlineportalen der Tageszeitungen.

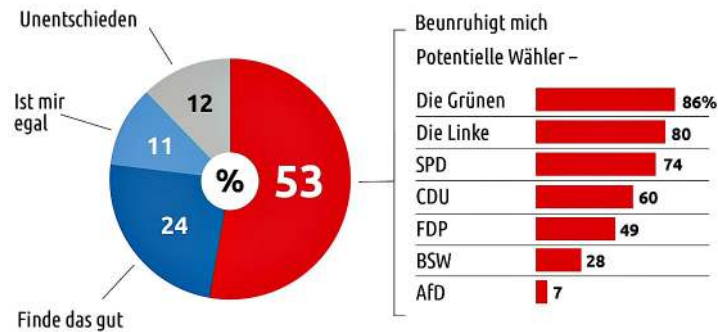


Wenn nach der nächsten Landtagswahl keine Partei alleine regieren kann, welche Parteien sollten dann – wenn es nach Ihnen ginge – zusammen die Regierung übernehmen?

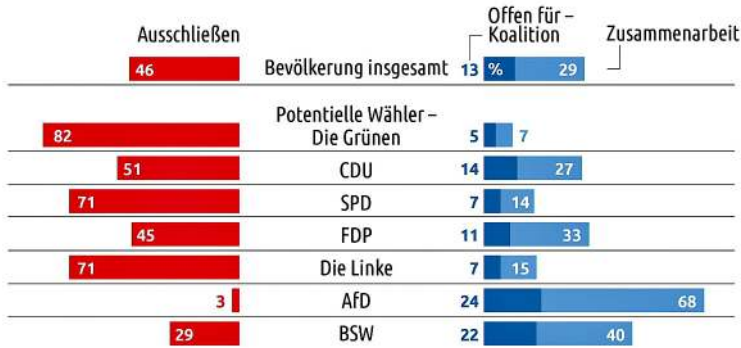


*x = weniger als 0,5 Prozent

Derzeit sieht es danach aus, als könnte die AfD bei den kommenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg deutlich Stimmen dazugewinnen. Beunruhigt Sie das, oder finden Sie das gut, oder ist Ihnen das egal?



Sollten die anderen Parteien offen für eine Zusammenarbeit oder für eine Koalition mit der AfD sein, oder sollten die anderen Parteien das ausschließen?



Grün-Schwarz oder Schwarz-Grün beliebter als andere Koalitionen

Laut dem BaWü-Check wünschen sich 23 Prozent der Befragten eine Fortsetzung des Bündnisses aus Grünen und Union – also Schwarz-Grün oder Grün-Schwarz.

In der Gesamtbevölkerung bevorzugen etwas weniger Menschen, nämlich 21 Prozent, eine Koalition aus CDU und AfD. Eine Zusammenarbeit zwischen CDU, SPD und FDP, die sogenannte Deutschland-Koalition, erhält die Unterstützung von 15 Prozent, 13 Prozent favorisieren eine Koalition aus Grünen, SPD und Linken.

Besonders die potenziellen Wähler der Grünen sprechen sich für eine Fortsetzung der aktuellen Zusammenarbeit zwi-

schen Grünen und CDU aus. 55 Prozent von ihnen ziehen diese Option einem Bündnis der Grünen mit SPD und Linken deutlich vor, das lediglich 32 Prozent der Grünen-Anhänger befürworten.

Auch unter den potenziellen CDU-Wählern bevorzugen mit 41 Prozent deutlich mehr eine weitere Kooperation mit den Grünen, nur 28 Prozent wären für eine Deutschland-Koalition mit SPD und FDP. Eine Mehrheit aus CDU und AfD fänden nur 16 Prozent der CDU-Wähler gut.

Wie zu erwarten, lehnen die Anhänger der Grünen eine Koalition aus CDU und AfD geschlossen ab. Ebenso stößt Grün-Rot bei Unionswählern auf breite Ablehnung.

Verbreitete Sorgen vor einem weiterem Aufstieg der AfD

Seit der vorherigen Landtagswahl verzeichnet die AfD bundesweit einen Anstieg an Unterstützung, auch in Baden-Württemberg legt die Partei in den Umfragen zu. Viele Menschen im Südwesten sind deswegen beunruhigt.

Laut dem BaWü-Check betrachten 53 Prozent der Befragten den Aufstieg der AfD kritisch, während 24 Prozent ihn positiv bewerten. Für etwa jeden Neunten ist diese Entwicklung hingegen ohne Bedeutung, in etwa ebenso viele äußerten sich unentschieden.

Besonders ausgeprägt sind die Sorgen vor dem Erstarken der AfD bei Anhängern von Grünen, Linken und SPD. Doch auch in-

nerhalb der CDU-Wählerschaft herrscht überwiegend Skepsis: 60 Prozent der potenziellen CDU-Wähler zeigen sich besorgt über die Entwicklung. Unter den Anhängern der FDP ist etwa die Hälfte beunruhigt. Weniger besorgt sind die Anhänger des BSW, von denen nur 28 Prozent eine Beunruhigung äußern.

Bei der Landtagswahl 2021 kam die AfD in Baden-Württemberg auf 9,7 Prozent der Stimmen, sie stellt derzeit 17 Abgeordnete im Stuttgarter Landtag. Die jüngsten Umfragen sehen die Partei aktuell im Bereich von etwa 20 Prozent, allerdings haben alle anderen Parteien eine Koalition mit der AfD kategorisch ausgeschlossen.

Bei der Brandmauer sind die Baden-Württemberger gespalten

Knapp die Hälfte der baden-württembergischen Bevölkerung hält die Brandmauer für richtig. Dieser Teil der Wählerschaft will, dass die anderen Parteien jegliche Zusammenarbeit mit der AfD ausschließen. 29 Prozent votieren für hingegen eine Zusammenarbeit, weitere 13 Prozent sogar für die Bereitschaft zu einer Koalition.

Diese Haltung der Wähler hängt dabei eng mit den parteipolitischen Präferenzen zusammen. Die potenziellen Wähler von Grünen, Linken und SPD sprechen sich mit überwältigender Mehrheit dafür aus, jegliche Zusammenarbeit mit der AfD auszuschließen. Auch die absolute Mehrheit der potenziellen

Wähler der CDU vertritt diese Position; immerhin 27 Prozent halten es jedoch für richtiger, offen für eine Zusammenarbeit zu sein, weitere 14 Prozent sogar für eine Koalition.

Unter den potenziellen Wählern der FDP halten sich Befürworter und Gegner einer Zusammenarbeit mit der AfD die Waage. Die potenziellen Wähler des BSW haben dagegen in Baden-Württemberg wie auch auf Bundesebene wenig Probleme mit dem Gedanken an eine Zusammenarbeit mit der AfD. Die Anhänger der AfD selbst plädieren zwar mit großer Mehrheit für eine Zusammenarbeit - nicht aber für eine Koalition mit anderen Parteien.